

VISIONEN FÜR EINE NEUE WELT- WAS IST DARAUS GEWORDEN?

In Kunst und Kultur, Wissenschaft und Forschung, gibt es immer wieder Ideen und Werke, Analysen und Visionen, die den Zeitgeist beeinflussen und intensive Diskussionen auslösen. Was die internationalen Beziehungen betrifft, so haben in den letzten Jahrzehnten Paul Kennedy mit seiner Analyse über den „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ (1); Francis Fukuyama mit seiner Theorie über „The End of History and the Last Man“ (2); sowie Samuel Huntington mit seinem Buch über „The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order“ (3) weltweite Diskussionen ausgelöst. Es ist wohl Zeit, einmal den Versuch zu unternehmen, um zu beurteilen, wie weit die meist in die Zukunft gerichteten Aussagen eingetroffen sind oder nicht.

1. So sehr das Werk von Paul Kennedy im Erscheinungsjahr 1988 weltweite Aufmerksamkeit erfuhr, so wurden seine Thesen sehr bald äußerst kritisch beurteilt. Dies deshalb, weil man seine Kernaussage auf den „Niedergang der USA“ reduzierte, während doch ein Jahr nach Veröffentlichung des Buches die Berliner Mauer fiel und sich die Sowjetunion wenige Jahre später auflöste. Die Vereinigten Staaten gingen als die großen Sieger im Kalten Krieg hervor.

Tatsächlich waren die Aussagen von Paul Kennedy wesentlich differenzierter als sie später dargestellt wurden. Nach einer umfassenden Darstellung, wie zunächst die Habsburger ihre weltweite Macht an Frankreich abgeben mussten, wird dann dargelegt, wie nach den Napoleonischen Kriegen England die weltweite Vorherrschaft übernehmen konnte. Dabei zeigt Paul Kennedy im Detail auf, welchen Einfluss Kriege, die wirtschaftliche Entwicklung oder die industrielle Revolution auf diese Machtverschiebungen hatten. Die größte Machtentfaltung des Britischen Empire sieht er um 1900, wo aber auch schon Ursachen für den späteren Niedergang festgestellt werden konnten: Überdehnung des militärischen Engagements, verglichen mit der tatsächlichen wirtschaftlichen Stärke des Landes.

In diesem Sinne setzt Kennedy auch seine Kritik an einem möglichen relativen Niedergang der USA an. Wir sind noch im Kalten Krieg und der Autor verweist auch auf gravierende Schwächen der Sowjetunion: wenn auch der Anteil Amerikas an der weltweiten Macht relativ zurückgegangen ist, so sind die Probleme der UdSSR wesentlich größer als jene der Vereinigten Staaten. Vor allem sind die USA der Sowjetunion wirtschaftlich und in Bereichen der Technologie weit überlegen. Darüber hinaus ist die amerikanische Gesellschaft von ihrer Dynamik her weit besser in der Lage, sich neuen Herausforderungen anzupassen, als das autoritäre Regime in Moskau.

Während also Paul Kennedy feststellt, dass die USA nach wie vor wirtschaftlich und militärisch eine Klasse für sich sind, verweist er auch darauf, dass es langfristig entscheidend ist, wie weit die militärischen Möglichkeiten mit den weltweit eingegangenen Verpflichtungen im Einklang stehen.

Dies insbesondere auch deshalb, weil sich die wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Welt ständig verschieben.

Dabei zeigt Kennedy auf, wie zunächst Spanien und später das Britische Empire im Laufe der Zeit immer mehr strategische Verpflichtungen eingegangen sind, die dann insgesamt kaum mehr zu bewältigen waren. Es kam also zu einem „imperial overstretch“: die Gesamtheit der Zusagen und Verpflichtungen können kaum mehr gleichzeitig wahrgenommen und verteidigt werden. Außerdem ging es bei den führenden Mächten in der Vergangenheit oft nicht um die Sicherheit des eigenen Landes, sondern um Verpflichtungen, die irgendwo in der Welt eingegangen wurden, auch wenn das seinerzeitige Engagement durchaus sinnvoll war.

Dabei vergleicht Paul Kennedy die Flottenstützpunkte, die Großbritannien am Höhepunkt seiner Macht weltweit hatte, mit den 800 Militärbasen, die die USA heute auf allen Kontinenten unterhalten. Während das militärische Engagement im Laufe der Jahre ständig gestiegen ist, ist der amerikanische Anteil an der Weltwirtschaft deutlich zurückgegangen: von 60 % nach dem Zweiten Weltkrieg auf 24 % im Jahre 1990.

Damit kann eine Kluft zwischen den politischen Interessen und den Möglichkeiten entstehen, diese militärisch durchzusetzen. Damit verbunden kann sehr leicht ein weiteres Problem entstehen: hohe Budgetdefizite und eine hohe Staatsverschuldung. In diesem Zusammenhang verweist Kennedy darauf, dass das US- Budget- Defizit alleine von 1980 bis 1985 von \$ 59,6 Milliarden auf \$ 202,8 Milliarden gestiegen ist; die Staatsverschuldung im selben Zeitraum von \$ 914,3 Milliarden auf 1823 \$ Milliarden. (2022 betrug das Budgetdefizit der USA 1400 \$ Milliarden; die Staatsverschuldung war auf 30 899 \$ Milliarden gestiegen). Paul Kennedy verglich bereits die Entwicklung der 1980er Jahre mit jener Frankreichs in den 1780er Jahren, die bekanntlich zur Französischen Revolution führte.

Dabei unterstreicht der Autor durchaus auch die positive Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft: die Gründung von tausenden von Unternehmen jährlich; die hohen Investitionen und die gewaltigen Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Dennoch stellte sich die Frage, ob all das genügt, um die weltweiten Verpflichtungen abzudecken, die die USA seit 1945 eingegangen sind. Bedenklich erschien dabei vor allem der, auch durch die Globalisierung verursachte, Rückgang der Industrieproduktion. Jedenfalls war die amerikanische Wirtschaft nach 1945, als viele Engagements eingegangen wurden, wesentlich gesünder als vier Jahrzehnte später.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft kann insbesondere auch dadurch geschwächt werden, dass ein Rüstungswettlauf die Gefahr mit sich bringt, dass zu viel Geld für unproduktive Waffensysteme ausgegeben wird. Deshalb hat in der Vergangenheit keine Weltmacht die führende Position auf ewig behalten können. Und so könnte es auch den Vereinigten Staaten ergehen. Aufgrund ihrer Stärke werden aber die USA nicht das Schicksal der Niederlande oder Spaniens erleiden, die weitgehend aus der Geschichte ausgetreten sind, oder auseinanderbrechen wie Österreich-Ungarn, sondern werden sehr wohl ein entscheidender Machtfaktor in einer multipolaren Welt bleiben. Der Machtverlust der USA ist deshalb nur relativ und es wird vom Geschick Washingtons abhängen, wie sich das Land in die neue Weltordnung einfügt, ob es seine Möglichkeiten und Grenzen richtig erkennt.

Diese Sätze hat Paul Kennedy vor etwas mehr als einer Generation geschrieben. Mögen sie damals für einige vielleicht zu pessimistisch geklungen haben, auf die heutigen internationalen Beziehungen treffen sie sehr gut zu.

2. Ausgesprochen optimistisch wurde die Zukunft von Francis Fukuyama gesehen, sprach er doch vom „Ende der Geschichte“, weil sich die liberalen Ideen von Demokratie und Marktwirtschaft endgültig und überall durchgesetzt hätten. So wie ein anderer bedeutender Schüler Hegels, Karl Marx, glaubte auch Francis Fukuyama, dass sich die Geschichte fast wie ein Naturgesetz in bestimmten Perioden abspielt: Während aber Karl Marx glaubte, das letzte Stadium wäre, nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, eine kommunistische Gesellschaftsordnung, war Fukuyama davon überzeugt, dass sich nach dem Sieg des Westens im Kalten Krieg der Liberalismus durchgesetzt hätte: im politischen Bereich als Demokratie, im Bereich der Wirtschaft als Kapitalismus.

Hegel hat schon vom Ende der Geschichte gesprochen, als er glaubte, mit dem Sieg Napoleons über Preußen in der Schlacht von Jena (1806) würden nun die Ideen der Französischen Revolution verwirklicht werden. Der russisch-französische Philosoph Alexandre Kojève (1902- 1968) hat dann entscheidend zur Wiederentdeckung Hegels beigetragen. Wie dieser sieht er das Ende der Geschichte in Europa, nachdem sich die Ideen von Freiheit und Gleichheit durchgesetzt hatten, auf denen moderne Staaten aufbauen konnten. Fukuyama übernahm auch die Theorie von Kojève, dass für jeden Menschen Selbstbewusstsein und das Bedürfnis nach Anerkennung wichtig sind. Fukuyama sagt nun, dass es diese Charaktereigenschaften sind, die dem Streben des Menschen nach Liberalität und nach Freiheit in Politik und Wirtschaft zu Grunde liegen. Damit sind die wesentlichen Triebkräfte für den Lauf der Geschichte gegeben.

Fukuyama konnte dann darauf verweisen, dass nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Europa frühere kommunistische Staaten Demokratien wurden, also Länder, in denen die Bevölkerung das Recht bekam, die eigene Regierung zu wählen. Gleichzeitig setzte sich weltweit, vorangetrieben durch Ronald Reagan und Margaret Thatcher, eine Liberalisierung der Wirtschaft durch. Dabei glaubte Fukuyama weitgehend an einen Gleichschritt von liberaler Demokratie und Liberalismus in der Wirtschaft. Die philosophische Frage dabei ist, ob diese Entwicklung als „Universalgeschichte“ gesehen werden kann, die letztlich am Höhepunkt und Ende der Geschichte in einem „Reich der Freiheit“ endet.

Diese, von Francis Fukuyama aufgestellten Thesen, wurden mit Begeisterung von den Neokonservativen aufgenommen, die sich in Washington als bestimmende Kraft in der Außenpolitik durchgesetzt hatten. Sie sahen darin eine Bestätigung des „amerikanischen Exzeptionalismus“, also des Glaubens, dass die Vereinigten Staaten eine auserwählte Nation sind, dazu bestimmt, die Welt zu führen. Dieser Glaube war schon tief verwurzelt im Denken der amerikanischen Gründungsväter und geht zurück auf das puritanische, calvinistische Denken. Schon Oliver Cromwell hat 1656 von einer „Achse des Bösen“ gesprochen, gegen die England im Namen Gottes kämpfen müsse. Das Gute dabei war, dass der Wille Gottes und englische Interessen deckungsgleich waren.

Wenn nun, wie Francis Fukuyama aufzeigte, der Lauf der Weltgeschichte wie ein Naturgesetz zu mehr Freiheit und Demokratie führt, dann können Kriege, die diese Entwicklung unterstützen, nur gerechte Kriege sein. Daraus konnte man sogar den Auftrag für die USA ableiten, überall auf der Welt „humanitäre Interventionen“ durchzuführen; „Democracy building“ und „Nation building“ als besondere Ziele der Außenpolitik festlegen. „Regime change“ und „Farben-Revolutionen“ konnten als Mittel gerechtfertigt werden, um diese Ziele zu erreichen. Somit konnte auch das eigene Recht über die Landesgrenzen hinaus als Waffe eingesetzt werden, Konkurrenten in der Wirtschaft mussten sich den eigenen Gesetzen beugen, wenn es darum ging, amerikanische Interessen durchzusetzen. In diesem Sinne hat der erste Außenminister von Bill Clintons, Warren Christopher erklärt: „Gesegnet von Gott hat die amerikanische Nation die Verpflichtung, überall auf der Welt die Werte der Demokratie zu verankern“ (4). Der Sieg im Kalten Krieg hat die Überzeugung gestärkt, die Verankerung amerikanischer Werte und Interessen überall auf der Welt könne nur zu mehr Frieden und Sicherheit führen.

Damit in Verbindung steht eine andere These von Francis Fukuyama, nämlich die, dass Demokratien untereinander keine Kriege führen. Darauf hat sich insbesondere George W. Bush berufen, um seine Kriege zu rechtfertigen (5). Damit lohnt es sich, überall auf der Welt für Freiheit und Demokratie zu kämpfen, wenn das die Grundlage für eine friedliche Welt in der Zukunft werden kann.

Damit entstehen aber zumindest zwei Probleme: Auch eine bewaffnete Auseinandersetzung einer Demokratie mit einem autoritären Staat ist ein Krieg. Und: wenn ständig Kriege geführt werden, bis das letzte Land demokratisch ist, wird es auch zwischendurch keine langen Friedensperioden geben.

Der von Francis Fukuyama aufgezeigte Optimismus hat ein weiteres Projekt beflügelt, dass die USA immer wieder verfolgt haben: Die Schaffung einer Allianz der Demokratien. Präsident Joe Biden hat diese Idee wieder aufgegriffen und den „Kampf gegen Autokraten“ zu einem Schwerpunkt seiner Außenpolitik gemacht. Ziel dieser Allianz ist es wohl, die amerikanische Vorherrschaft in der Welt zu unterstützen, vor allem auch, den Einsatz militärischer Gewalt dort zu legitimieren, wo die Vereinten Nationen dazu nicht bereit sind. Konkret geht es darum, dass Russland und China zu isolieren Wirtschaftssanktionen der USA gegen diese und andere Länder zu unterstützen. Wenn Präsident Biden dazu erklärt, es geht darum, China als aufsteigende Macht einzudämmen, „weil seine Politik darauf abzielt, überall auf der Welt liberale Demokratien durch autoritäre Diktaturen zu ersetzen“, stellt sich die Frage, ob das tatsächlich stimmt. Immerhin sind es gerade diese Leitsätze, die dazu dienen, gegen andere Länder aufzurüsten. Aber bildet Peking tatsächlich subversive Kräfte aus, die in anderen Ländern „Regime change“ planen oder geht es Kinder vor allem darum, Geschäfte zu machen?

Das ist eine ernste Frage, weil man durch die Einführung einer ideologischen Dimension in die internationalen Beziehungen auch bewaffnete Auseinandersetzungen rechtfertigen will.

Die These vom „Ende der Geschichte“ hatte jedenfalls gewaltigen Einfluss auf die Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik.

Wie aber kann man heute die These vom ewigen Frieden in Einklang bringen mit den Kriegen in der Ukraine, im Nahen Osten und mit den Spannungen im Fernen Osten? Tatsächlich ist es wohl so, dass auch nach dem Sieg des Westens im kalten Krieg machtpolitische Bestrebungen der Großmächte einen starken Einfluss auf ihre Außenpolitik ausüben. Und wenn Fukuyama ausgeführt hat, das Selbstbewusstsein eine Antriebskraft für menschliches Handeln ist, dann gilt dies wohl nicht nur für einzelne Personen, sondern auch für Nationen. Wenn Marktwirtschaft zu mehr Wohlstand führt, dann kann das sicherlich mehr Entscheidungsfreiheit für den einzelnen Bürger bedeuten, aber auch mehr Selbstbewusstsein, das zu einem stärkeren Nationalismus führt.

Darüber hinaus hat auch Francis Fukuyama im Kapitel „Empires of Resentment, Empires of Deference“ dargelegt, wie sich Menschen aus anderen Kulturen und mit anderen Lebensweisen dagegen wären und wehren könnten, das westliche Modell von Demokratie und Kapitalismus zu übernehmen. Insbesondere beschreibt er die Reaktion des islamischen Fundamentalismus und der Länder Asiens gegen die vom Westen getragene Modernität.

Was die islamische Welt betrifft, so hat diese das westliche Modell nie in derselben Gründlichkeit übernommen wie etwa Japan seinerzeit die Meiji-Restauration. Auch die unter Atatürk in der Türkei und unter Nasser in Ägypten übernommenen westlichen Ideologien wurden weitgehend nur von bestimmten Eliten getragen. Mit der iranischen Revolution von 1979 haben sich dann aber revolutionäre Fundamentalisten durchgesetzt, die die Vergangenheit verklärten und als Modell für die Zukunft propagierten. Fukuyama sieht darin eine Ähnlichkeit mit dem Faschismus in Europa. Der Erfolg dieser Bewegung lässt sich seines Erachtens damit erklären, dass islamische Länder in der Vergangenheit gedemütigt wurden, ihnen es aber auch nicht gelang, mit der modernen Entwicklung erfolgreich Schritt zu halten.

Was Asien betrifft, so schreibt Fukuyama, dass es dort Gesellschaften durchaus gelingt, Marktwirtschaft mit einer politisch autoritären Tradition zu verbinden, wobei er vor allem an Japan oder Singapur denkt. Das dort vorhandene starke Arbeitsethos ist die Grundlage dafür, dass sich deren Wirtschaft im modernen Wettbewerb bewähren konnte. Die in den leeren von Konfuzius begründete Anerkennung von Autorität fördert das Leistungsbewusstsein in der Wirtschaft, nicht aber das individuelle, persönliche Engagement in der Politik. Das Ergebnis sind dann Systeme wie die Jahrzehnte lange Herrschaft einer einzigen Partei in Japan oder das präsidentiale System von Lee Kuan Yew in Singapur.

Fukuyama war sich sehr wohl der Problematik bewusst, wie weit westliche Werte gleichzeitig universelle Werte sein können. Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping hat in seiner „Global Civilization Initiative“ vom März 2023 diesen Einklang klar abgelehnt, wenn er forderte, „Regierungen sollen anderen Ländern nicht ihre Werte und Institutionen aufzwingen“. Aber auch „The Economist“, der durchaus für die Vorherrschaft des Westens in der Welt eintritt, hat in einer längeren Abhandlung zum Thema „Western values are steadily diverging from the rest of the world’s“ eine ähnliche Meinung vertreten (6).

Dabei wird ausgeführt, dass die Haltung zu Religion, Autorität, Familie, Individualität, zu sexuellen Minderheiten und zur Demokratie durchaus von der jeweiligen Kultur geprägt ist und demnach sehr unterschiedlich sein kann. Jedenfalls hat sich Francis Fukuyama im allgemeinen Bewusstsein als „Künder einer besseren Welt“ eingeprägt, während er selber die Gegebenheiten durchaus auch differenzierter gesehen hat. Sein politischer Einfluss ist dennoch sehr stark darauf begründet, dass die offizielle amerikanische Außenpolitik gerade in seinen Thesen eine Rechtfertigung für ihre Vorgangsweise gefunden hat.

3. Im Gegensatz zu seinem Schüler Fukuyama glaubte Samuel P. Huntington, dass die Zukunft der internationalen Beziehungen von einem „Clash of Civilizations“ geprägt sein wird, der die Grundlage für eine neue Weltordnung sein wird. So schreibt er im Kapitel „The Cultural Reconfiguration of Global Politics“, dass, angetrieben von der Modernisierung, die kulturellen Gegensätze die Weltpolitik in der Zukunft bestimmen werden. Menschen und Länder mit ähnlichen Kulturen werden sich zusammenfinden. Menschen und Länder mit unterschiedlichen Kulturen werden auseinanderrücken.

Während in der Zeit des Kalten Krieges Ideologien und damit verbundene Beziehungen zu einer Supermacht die außenpolitische Ausrichtung eines Landes bestimmt haben, werden in Zukunft Kultur und Zivilisation bestimmend sein. Politische Grenzen werden zunehmend mit kulturellen Grenzen zusammenfallen: ethnische Zugehörigkeit, Religion und Zivilisation werden bestimmend sein. Kulturelle Gemeinschaften werden das Blocksystem des Kalten Krieges ersetzen. Deshalb werden die Bruchlinien zwischen den Zivilisationen in Zukunft die entscheidenden Trennungslinien zwischen den Konflikten sein. So wird etwa die Zugehörigkeit zum Islam die Identität eines Landes stärker bestimmen als westliche Institutionen, die ein Staat oft nur oberflächlich übernommen hat.

Wenn es bei den „internationalen Beziehungen“ oder der „internationalen Ordnung“ in unserer Geschichte fast ausschließlich um die Beziehungen der westlichen Staaten untereinander gegangen ist, so werden wir in der Zukunft in einer multipolaren Welt leben, in der auch andere Zivilisationen bestimmend sind. Dabei muss Modernisierung nicht gleichbedeutend mit Verwestlichung sein. Es wird weder zu einer universellen Einheitskultur kommen, noch werden alle nicht-westlichen Gesellschaften das westliche Modell übernehmen.

Die Machtverhältnisse zwischen den Zivilisationen werden sich verändern, der Einfluss des Westens wird relativ zurückgehen. Andererseits werden die Zivilisationen Asiens ihre wirtschaftliche, militärische und politische Stärke erhöhen. In den islamischen Ländern wird das Bevölkerungswachstum explodieren, was sowohl die eigenen Staaten als auch die Nachbarländer destabilisieren könnte. Dabei können sich nicht-westliche Zivilisationen stärker auf ihre eigenen Werte besinnen.

Die neue Weltordnung wird durch die Zugehörigkeit der einzelnen Länder zu einer bestimmten Zivilisation geprägt sein. Gesellschaften werden aufgrund ihrer gemeinsamen kulturellen Zugehörigkeit verstärkt zusammenarbeiten.

Bemühungen, Gesellschaften in einer anderen als ihrer traditionellen Zivilisation zu verankern, werden wenig Erfolg haben. Denn die Staaten werden sich um die führende Nation in ihrer jeweiligen Zivilisation gruppieren.

Jedenfalls, so sagt Huntington voraus, kommt der Westen zunehmend mit anderen Zivilisationen wie der chinesischen oder der islamischen in Konflikt, wenn er weiter weltweit die alleine bestimmende Kraft sein will. An den Bruchstellen zwischen den Zivilisationen kann es zu regionalen Kriegen kommen, wobei eine Zivilisation unter denen, die sich dazu bekennen, eine Art „verwandtschaftliche Bande“ herstellen kann. Diese besteht dann über nationale Grenzen hinweg, etwa wenn ein Land als Schutzmacht für „seine Bürger“ im Ausland auftritt.

Dabei muss der Westen zur Kenntnis nehmen, dass seine Kultur nicht universell von allen anderen Zivilisationen übernommen wird. Denn der Glaube des Westens an die Allgemeingültigkeit seiner Kultur ist falsch, unmoralisch und gefährlich. Es gibt auf der Welt eine kulturelle Diversität und zu glauben, die „anglo-sächsischen Werte“ müssen sich global durchsetzen, stimmt einfach nicht. Der Glaube, dass nicht-westliche Völker westliche Werte und Institutionen übernehmen müssen, ist unmoralisch, weil das nur ein Ergebnis eines westlichen Imperialismus sein kann. Dieser steht im Widerspruch zum Recht auf Selbstbestimmung und ist somit zutiefst undemokratisch, erklärt uns Huntington.

Wie weit treffen nun die Analysen der drei Autoren auf das internationale Geschehen von heute zu, etwa auf die Theorie von Paul Kennedy, dass „global overstretch“ und große Verschuldung zum Niedergang einer Großmacht führen? Alleine in der Ausgabe der New York Times vom 16. Mai 2024 kann man folgende Artikel lesen: „The U.S. is building a military arc in the Pacific“. Demnach bauen die Vereinigten Staaten die Streitkräfte in Japan, auf den Philippinen und in Australien aus. Unter der Überschrift „To aid Ukraine, West eyes Russian assets“ wird ausgeführt, wie geplant wird, mit russischen Guthaben die Ukraine stärker zu unterstützen. Nimmt man das amerikanische Engagement im Nahen Osten und in Afrika dazu, könnte es das sein, was Paul Kennedy mit „military overstretch“, also mit der „Überdehnung der eigenen militärischen Kapazitäten“, gemeint haben könnte. Jedenfalls hat der stellvertretende Außenminister Kurt Campbell festgestellt: „Wir haben unsere Allianzen in Übersee in einer Weise ausgebaut, wie es vor einigen Jahren noch unvorstellbar gewesen wäre“ (7).

Gleichzeitig erfährt man auch aus befreundeten Medien, dass die Finanzen der USA „ein Desaster“ sind (8). So ist die Staatsverschuldung auf 96 % des BIP gestiegen (2023), während sie 1992 noch bei 46 % lag. Und das Budgetdefizit der letzten Jahre belief sich auf 9 % des BIP. Selbst der Internationale Währungsfonds hat gewarnt, dass „die Verschuldung der USA die Stabilität der Währungen weltweit gefährden könnte“. Hat sich also Paul Kennedy wieder verschätzt? Nur die Zukunft wird darauf eine Antwort geben können.

Nun ist auch das „Goldene Zeitalter“, an das Francis Fukuyama geglaubt hat, nicht ausgebrochen. Er hat zwar insofern weitgehend Recht behalten, als sich die ganze Welt der einen oder anderen Form des Kapitalismus verschrieben hat. Aber die Einführung der Marktwirtschaft bedeutet noch lange nicht, dass damit die Errichtung demokratischer Institutionen verbunden ist.

Im Gegenteil; durch die Einführung kapitalistischer Strukturelemente in ihr Wirtschaftssystem wurden auch Autokraten gestärkt. Das führte zu neuen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen für die Vereinigten Staaten in einer multipolaren Welt. Dennoch gibt es innerhalb der außenpolitischen Elite der USA nach wie vor sehr starke Kräfte, die an der absoluten Führungsrolle ihres Landes in der Welt festhalten wollen. So argumentierte Fareed Zakaria erst unlängst in seinem Artikel „The self-doubting Superpower“ (9), dass es 1945 die USA waren, die eine neue internationale Ordnung eingerichtet haben, die vielen in der Welt Frieden und Wohlstand gebracht hat. Und: Die USA nehmen nach wie vor in wesentlichen Bereichen die führende Position in der Welt ein, wobei der Autor folgende Beispiele anführt: Das amerikanische pro Kopf- Einkommen ist 54 % höher als das Japans und 32 % höher als jenes der West-Europäer. Die amerikanische Wirtschaft ist fast doppelt so stark wie jene der Euro- Zone. Neun der zehn bedeutendsten Konzerne der Welt sind amerikanisch. Die Schlussfolgerung für Fareed Zakaria ist, dass die USA an ihrer führenden Rolle in der Welt und an der internationalen Ordnung auch weiter festhalten sollten.

Aber so sehr der amerikanische Führungsanspruch nach dem Zweiten Weltkrieg unbestritten war, die Welt ist nicht mehr jene von 1945. Damals war Indien noch Teil des British Empire und Afrika noch zwischen den Kolonialmächten aufgeteilt. Es geht nicht darum, dass die USA in einer multipolaren Welt ihren Führungsanspruch aufgeben, sondern darum, dass das neue System den machtpolitischen Verschiebungen angepasst wird. Im Interesse aller sollte es dabei liegen, dass diese Anpassung nicht durch Kriege, sondern am Verhandlungstisch vollzogen wird.

Was die Theorien von Samuel Huntington über den „Clash of Civilizations“ betrifft, so wurden ganze Bibliotheken darübergeschrieben, wie weit diese Stimmen oder nicht. Dabei kann man wohl sagen, dass er in seinem Absolutheitsanspruch vielleicht zu rigoros argumentiert hat, wenn er sagte, in einer künftigen Welt wären globale Machtansprüche überholt. Die neue Weltordnung wäre demnach nur mehr innerhalb bzw. zwischen den Zivilisationen als herrschende Faktoren bestimmt.

Bei dieser Argumentation werden traditionelle machtpolitische Bestrebungen unterschätzt. Diese sind nach wie vor bestimmende Kräfte in der Politik der Großmächte.

Richtig vorhergesehen hat Huntington, dass wir in eine multipolare Weltordnung eintreten, also in eine Welt mit mehreren Machtzentren. Sehr richtig ist auch, dass die „internationalen Beziehungen“ heute die ganze Welt umfassen und nicht nur den Westen. Wenn sich heute westliche Politiker treffen und von sich als „internationale Gemeinschaft“ sprechen, dann vertreten sie gerade noch 10 % der Weltbevölkerung. Der „Globale Süden“, so heterogen seine Zusammensetzung auch sein mag, hat sehr wohl immer wieder politische Relevanz demonstriert. Ohne die Unterstützung dieser Länder wäre es für Russland wohl kaum möglich gewesen, die äußerst rigorosen westlichen Sanktionen zu überstehen.

Sowohl im Krieg in der Ukraine als auch im Nahen Osten zeichnet sich immer wieder ein Bild ab, das an eine Konstellation „The West against the Rest“ erinnert. Gerade wenn der Westen jetzt demonstrativ versucht, schwindende Macht durch moralische Überlegenheit auszugleichen, stößt auch diese Argumentation bei anderen auf Widerstand.

Zu oft haben westliche Mächte in der Vergangenheit die Moral für sich in Anspruch genommen, wo es um Machtpolitik gegangen ist, und tun dies auch heute. Kein Wunder, dass manche im Globalen Süden deshalb auf eine Doppelmoral hinweisen. In diesem Sinne ist auch Samuel Huntington durchaus lesenswert, so wie die beiden anderen Autoren, die versucht haben, Visionen für eine neue Welt zu entwerfen.

ANMERKUNGEN

- (1) Paul Kennedy; The Rise and Fall of the Great Powers-Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000; Lexington Books 1988
- (2) Francis Fukuyama; The End of History and the Last Man; Pinguin Books 1992
- (3) Samuel P. Huntington; The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order; Simon & Schuster 1997
- (4) Alexandre Del Valle & Jaques Soppelsa ; Vers un choc global ?; Paris 2023
- (5) Stephanie Lawson ; International Relations ; Cambridge 2003
- (6) The Economist August 3rd 2023
- (7) The New York Times May 16th 2024
- (8) The Economist May 4th 2024 “America´s fiscal outlook is disastrous”
- (9) Fareed Zakaria; Foreign Affairs January/February 2024

(*) Dr. Wendelin Ettmayer; ehemaliger Abgeordneter; österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika und beim Europarat, Autor

www.wendelinettmayer.at